

AUSSENANSICHT

Die Enttäuschung ist groß

Die Unruhen in Ungarn haben wirtschaftliche Gründe, die aber nicht auf die übrigen EU-Staaten in Osteuropa zutreffen

Nach den jüngsten Protesten gegen die Regierung in Ungarn stellt sich die Frage nach den Ursachen dieser dramatischen Ereignisse. Ist es nur eine Reaktion auf die von Premierminister Gyurcsány offen zugegebene Wahllüge hinsichtlich der Finanzlage und das angekündigte Sparpaket, oder gibt es noch andere Gründe für den Unmut?

Die letzten Wahlergebnisse in Polen und der Slowakei, die entweder rechts-, linkspopulistische oder nationalistische Kräfte an die Macht brachten, werfen ähnliche Fragen auf. Auch nach der Parlamentswahl in Tschechien, die eine exakte Spaltung zwischen links und rechts brachte und eine Pattsituation mit wahrscheinlich baldigen Neuwahlen hervorgerufen hat, ist die Suche nach den Ursachen berechtigt.

All diese Entwicklungen geben einen berechtigten Anlass zur Sorge, trotz bedeutender Unterschiede. In Ungarn ist die Unzufriedenheit der Wähler mit dem bisherigen Verlauf der Transformation offensichtlich, sind die politische Lage und die Staatsfinanzen fragil. All das hat sicherlich mehrere Ursachen. Befassen wir uns mit einigen ausgewählten wirtschaftlichen Aspekten.

Es stellt sich nämlich die Frage, ob man den Wählerfrust in den neuen EU-Mitgliedsländern eventuell auch durch die Wirtschaftsfaktoren erklären kann. Einerseits wachsen diese Wirtschaften seit etwa zehn Jahren mit rund vier Prozent pro Jahr ungefähr doppelt so schnell wie in der "alten" EU. Selbst das ungarische Bruttoinlandsprodukt (BIP) nahm in den letzten fünf Jahren um fast 23 Prozent zu - verglichen mit kläglichen acht Prozent in der EU-15. Das Wachstum wurde in dieser Periode nur von der reformfreudigen Slowakei geringfügig übertroffen (25 Prozent). Im ersten Halbjahr 2006 stieg die ungarische Wirtschaftsleistung um mehr als vier Prozent, die Industrieproduktion sogar um zehn Prozent. Selbst die Löhne nahmen während der letzten fünf Jahre real um mehr als 30 Prozent zu, gemessen in Euro sogar um fast 90 Prozent.

Ähnliche und zum Teil noch eindrucksvollere Ergebnisse, von denen die meisten alten EU-Länder nur träumen können, gibt es auch anderswo in Mittel- und Osteuropa. In Polen und Tschechien verloren die regierenden sozialdemokratisch dominierten Koalitionen die letzten Wahlen, obwohl die jeweilige Wirtschaft in den vorangegangenen zwei Jahren im Durchschnitt um fünf Prozent gewachsen war. Die slowakische liberale Koalition von Premier Dzurinda, die im Westen als Reformvorreiter angepriesen (und deswegen manchmal auch gefürchtet) wurde, ist im Juni ebenfalls abgewählt worden - trotz eines Wirtschaftswachstums von mehr als sechs

Prozent. Mit einer geringen Wirtschaftsdynamik kann der Unmut der Wähler daher kaum erklärt werden.

Sind dafür vielleicht die enttäuschten Hoffnungen (Stichwort: "Wahllüge") verantwortlich? Die Lebensstandards sind tatsächlich noch immer sehr niedrig - trotz eines beachtlichen Aufholprozesses in den letzten Jahren. Das BIP pro Kopf beträgt derzeit im Schnitt real lediglich die Hälfte von dem in Westeuropa (Ungarn 57, Slowakei 53, Polen 48; Tschechien hat jedoch mit 71 Prozent des EU-15-Durchschnitts das Niveau von Portugal bereits überschritten).

Freilich haben viele Bürger dieser Länder unmittelbar nach der Wende einen wesentlich schnelleren Aufholprozess erwartet. Dazu kommt, dass Durchschnittswerte bekanntlich trügerisch sind und sich hinter ihnen große Unterschiede verbergen.

Eine Schicht von Neureichen (zu denen nebenbei erwähnt auch der jetzige ungarische Premierminister zählt) hat von der Transformation übermäßig profitiert - teilweise auch dank dubioser Machenschaften und wenig transparenter Methoden, die bei der Privatisierung des Staatseigentums Anfang der neunziger Jahre angewandt wurden. Gleichzeitig ist eine ebenfalls neue, jedoch breitere Armutsschicht entstanden, die viele Jungfamilien mit Kindern sowie zumeist ältere Menschen einschließt.

Die offene Arbeitslosigkeit und Armut einerseits - weitgehend unbekannt in diesen Ländern unter dem alten System - sowie die Öffnung der Einkommensschere und der zur Schau gestellte Reichtum und nicht zuletzt auch die wachsenden regionalen Unterschiede andererseits sorgen besonders in Ungarn, der Slowakei und Polen für Unmut bei Teilen der Bevölkerung. Die Einkommensdifferenzen in Ungarn und Polen sind größer als in Großbritannien. In Prag, Budapest und Bratislava liegen die realen Pro-Kopf-Einkommen bereits über dem EU-Durchschnitt, und es herrscht praktisch Vollbeschäftigung, ja sogar Arbeitskräftemangel. Außerhalb der Hauptstädte jedoch, vor allem in den östlich liegenden Regionen Polens, Ungarns und der Slowakei, sieht man Armut und Resignation, und die Arbeitslosigkeit übersteigt oft 20 bis 30 Prozent.

Trotz all dieser negativen Nebenerscheinungen sind die positiven Effekte der Transformation unbestreitbar. Die spezifische Finanzlage Ungarns erfordert zweifelsohne radikale Reformen, die in den nächsten zwei Jahren zu einer spürbaren Verlangsamung des BIP-Wachstums und sogar zur Senkung des Konsums führen werden. Eine Übertragung der gegenwärtigen ungarischen Krise auf die anderen neuen EU-Mitgliedsländer ist aber eher unwahrscheinlich, weil die wirtschaftlichen "fundamentals" für Tschechien, Polen und die Slowakei wesentlich günstiger aussehen. Das BIP-Wachstum ist jeweils höher (fünf bis sieben Prozent), die Inflation und die Zinsen sind vergleichsweise niedrig (unter fünf Prozent). Und das Haushaltsdefizit ist mit drei bis vier Prozent des BIP (Ausnahme Slowakei: sechs Prozent) eher mäßig.

Die Gefühle, Enttäuschungen und Sorgen der Transformationsverlierer (Arme, Arbeitslose, ältere Menschen) sollten aber nirgendwo ignoriert werden. Vor allem nicht dort, wo die demokratischen Wurzeln noch nicht allzu tief verankert sind.

PETER HAVLIK forscht am Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIV) in Wien.